

Frau Dr. Roswitha Voigtländer	Volkshochschule
Herr Eckhard Dörnbrack	Staatliches Schulamt
Dr. Uwe Rechlin	Vors.
	Weiterbildungsbeirat
Frau Karin Krusemark	FB 93
Herr Wilfried Böhme	EWP
Herr Ralf Zeretzke	EWP
Herr Bernd Kahle	FB 461
Dr. Lutz Henrich	Stadtssportbund
Frau Angela Frevert	Kreisschulbeirat

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Ingrid Püschel	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Hannelore Knoblich	SPD	entschuldigt
Frau Ute Bankwitz	BürgerBündnis	entschuldigt

sachkundige Einwohner

Frau Sabine Speck	BürgerBündnis	entschuldigt
Herr Sven Stolpe	DIE LINKE	nicht anwesend

Beigeordnete

Frau Dr. Iris Jana Magdowski	Beigeordnete Geschäftsbereich 2	entschuldigt
------------------------------	------------------------------------	--------------

Schriftführer/in: Frau Gudrun Wildgrube

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.06.2013 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Vorstellung des neuen Vorsitzenden des Regionalen Weiterbildungsbeirates
- 4 Sachstand Sportplatz Potsdam West
siehe Sitzung am 18.06.2013 TOP 5
- 5 Sport- und Freizeitbad Brauhausberg - Ergebnisse des
Realisierungswettbewerbs, Fortschreibung des Finanzierungs- und
Betreiberkonzeptes
bzgl. 12/SVV/0390 und 12/SVV/0515
Mitteilungsvorlage: 13/SVV/0500

- Oberbürgermeister
- 5.1 Sport- und Freizeitbad Brauhausberg - Ergebnisse des Realisierungswettbewerbs, Fortschreibung des Finanzierungs- und Betreiberkonzeptes
Vorlage: 13/SVV/0538
Oberbürgermeister, Projektteam Sport- und Freizeitbad
- 6 Planungsrechtliche Grundlagen für die Erweiterung und Entwicklung der Universität Potsdam am Standort Neues Palais
Vorlage: 13/SVV/0281
FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 7 Bildungsforum Potsdam - Status und Ausblick;
Information über das neue Jahresprogramm der Volkshochschule
- 8 Bildungsstandards
Herr Menzel
bzgl. DS 12/SVV/0881
- 9 Hygienepläne
Herr Menzel
bzgl. DS 11/SVV/0269 u. DS 13/SVV/0225
- 10 Schulessen
(Qualität und Preise nach neuen Vorgaben)
Herr Menzel
- 11 Sachstand nach der Brandschau in der Motorhalle
- 12 Mitteilungen der Verwaltung
- 12.1 Information zum Potsdamer Weiterbildungstag am 02.09.2013
- 13 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.06.2013 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Dünn stellt die ordnungsgemäße Ladung fest. Zu Beginn der Sitzung kann

keine Beschlussfähigkeit festgestellt werden.

Von Frau Krause ist am heutigen Tag eine Mail mit Fragen zur Schulwegsicherung eingegangen. **Herr Dünn** fragt die Verwaltung, ob unter TOP Sonstiges darauf geantwortet werden kann. Grundsätzlich merkt er an, Anfragen in Zukunft fristgemäß zu übergeben. Weiterhin verweist er auf einen Brief der Familie Neumann vom 05.07.2013, der an alle Fraktionen gerichtet war, und bittet Herrn Dörnbrack zum Sachverhalt um eine Antwort.

Zu TOP 3 soll Dr. Uwe Rechlin Rederecht erhalten, dem zugestimmt wird.

Um 17.35 Uhr sind 6 von 11 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Der Ausschussvorsitzende stellt Beschlussfähigkeit fest.

Es gibt keine Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen und des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.06.2013. Insofern wird Einvernehmen darüber hergestellt, beide Teile der Niederschrift zusammen abzustimmen.

Herr Dünn bittet um Abstimmung der Niederschrift.

Der Ausschuss für Bildung und Sport stimmt der Niederschrift des öffentlichen Teils und des nicht öffentlichen Teils der Sitzung am 18.06.2013 in der vorliegenden Fassung zu.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

**zu 3 Vorstellung des neuen Vorsitzenden des Regionalen
Weiterbildungsbeirates**

Herr Dünn bedankt sich bei Herrn Ziebarth für die Begleitung und die geleistete Arbeit als Vorsitzender des Regionalen Weiterbildungsbeirates.

Herr Dr. Rechlin erhält das Wort und macht kurze Ausführungen zu seiner Person. Er ist als freiberuflicher Dozent für Betriebswirtschaft und Rechnungswesen tätig und möchte seine Kenntnisse gern einbringen. Am 20.06.2013 hat er die Tätigkeit als Vorsitzender des Regionalen Weiterbildungsbeirates übernommen. Er geht auf die nächsten Aufgaben ein. Der Potsdamer Weiterbildungstag, der am Montag, den 02. September 2013, beginnt sei gut organisiert. Weiterhin wolle man die Bildungsmesse konzeptionell neu ausrichten und auf die Beine stellen, um sicherzustellen, dass sie im nächsten Jahr wieder in Potsdam stattfinden kann.

Herr Dünn bedankt sich für die Ausführungen und wünscht viel Erfolg für die zukünftige Arbeit.

**zu 4 Sachstand Sportplatz Potsdam West
siehe Sitzung am 18.06.2013 TOP 5**

Frau Krusemark informiert, dass die Verhandlungen mit der Wohnungsbaugesellschaft über die Dienstbarkeit bezüglich des Wegerechtes

noch nicht abgeschlossen seien. Sie hofft, bis zum Jahresende eine Einigung zu erlangen.

Herr Zeller informiert, dass sich die Westkurve in den letzten zwei Jahren zu einem gut angenommenen Begegnungsort im Stadtteil entwickelt hat. Der Spielplatz werde täglich angenommen, auf dem Sportplatz finde Training statt. Die Bemühungen in den Landessportbund aufgenommen zu werden, seien bisher gescheitert, werden aber fortgeführt. Treffen im Einklang mit der Nachbarschaft haben sich intensiviert und es gibt auch kleine Nachbarschaftsinitiativen. Aufgrund der guten Entwicklung sollte der Platz erhalten werden.

**zu 5 Sport- und Freizeitbad Brauhausberg - Ergebnisse des Realisierungswettbewerbs, Fortschreibung des Finanzierungs- und Betreiberkonzeptes
bzgl. 12/SVV/0390 und 12/SVV/0515
Vorlage: 13/SVV/0500
Oberbürgermeister**

Dieser Tagesordnungspunkt wird mit TOP 5.1 behandelt.

**zu 5.1 Sport- und Freizeitbad Brauhausberg - Ergebnisse des Realisierungswettbewerbs, Fortschreibung des Finanzierungs- und Betreiberkonzeptes
Vorlage: 13/SVV/0538
Oberbürgermeister, Projektteam Sport- und Freizeitbad**

Herr Böhme stellt an Hand einer Präsentation den Sachstand dar. Er erläutert die Ausgangssituation und stellt die Wettbewerbsergebnisse vor. Es sei nicht automatisch festgelegt, dass einer der drei Siegerentwürfe gebaut werde. Das solle sich entscheiden, wenn weitere Schritte festgelegt sind. Er geht weiter auf die Ergebnisse der Plausibilitätsprüfungen, der Kostenschätzungen und die Wirtschaftlichkeit ein. In der vorliegenden Beschlussvorlage habe man versucht, darzustellen, wo es Probleme gibt und komme auf eine Größenordnung von 3,7 Mio. Euro. Er bittet um Beschlussempfehlung durch die Stadtverordnetenversammlung und verweist darauf, dass der Finanzausschuss unter Vorbehalt der Genehmigung durch den Hauptausschuss zugestimmt habe. Für den Fall, dass das alte Bad Am Brauhausberg nur saniert würde, führt er aus, dass eine unterbrechungsfreie Zeit sicher nicht einzuhalten ist. Man rechne dann mit einer Bauzeit von 1,5 Jahren als untere Grenze und einem Investitionsvolumen von mindestens 13 Mio. Euro. Der Bereich Sport müsse sich dann um Kapazitäten für das Schulschwimmen im Umland bemühen. Für die Transporte würden entsprechende Kosten anfallen. Insofern gehe man davon aus, dass der jährliche Zuschussbedarf bei Sanierung der alten Schwimmhalle bei ca. 3,3 Mio. Euro liegen könnte. Man müsse sich fragen, ob das eine Alternative zu dem entstehenden Neubau ist.

Herr Klamke erklärt, dass es im Finanzausschuss Irritationen gegeben habe. Er wundert sich über die Offenlegung der Zahlen, vor den Verhandlungen mit den Architekturbüros.

Herr Böhme erklärt, dass man die Auslobung vorgenommen habe. Danach sei

man verpflichtet, die Ergebnisse bekannt zu geben. In der Auslobung wurde allen Bewerbern klar gemacht, dass die Investitionssumme nur ein Faktor ist. Entscheidend für die Auftragsvergabe kann am Schluss die Plausibilität der Wirtschaftlichkeit sein.

Frau Erning fragt, woher das Geld für die Bezuschussung kommen soll.

Herr Gessner antwortet, dass die gleiche Frage im Hauptausschuss und im Finanzausschuss gestellt wurde. Der Oberbürgermeister habe im Hauptausschuss geantwortet, dass der Zuschuss aus dem städtischen Haushalt insgesamt, konkret dem Geschäftsbereich Bildung, Kultur und Sport zufließen werde, aber nicht zu Lasten anderer Projekte oder gar des Breitensports. Damit werde man sich in der Haushaltsdebatte 2017 befassen müssen.

Es schließen sich weitere Nachfragen der Ausschussmitglieder an, die Herr Böhme und Herr Gessner beantworten.

Frau Michalske fragt nach, wie realistisch es sei, dass die 3.5 Mio. Euro, welche die Landeshauptstadt Potsdam finanzieren müsse, nicht steigen.

Herr Böhme erklärt, er habe die Berechnung schmal gehalten. Die Obergrenze könne er heute nicht absolut benennen. Im Finanzausschuss wurde darauf hingewiesen, dass der endgültige Vertrag im Hauptausschuss vorzustellen ist. Die Berechnung wird als Anlage zur Niederschrift ausgereicht.

Herr Szilleweit fragt bezüglich der 4 Mio. Euro für Parkplätze nach und verweist darauf, dass in kurzer Entfernung ca. 1.500 Parkplätze existieren, die nicht genutzt werden. Außerdem habe das jetzige Bad auch keine Parkplätze.

Herr Böhme erklärt, dass man Erfahrungen anderer Badbetreiber herangezogen habe. Besucher des Bades, die in Sauna und Fitnessbereiche gehen, wollen mit dem Auto vorfahren. Ohne Parkplätze verliere man Kundschaft.

Herr Kahle ergänzt, dass die Parkplätze im Bahnhof durch eine Baugenehmigung gebunden seien und die Parkplätze vor dem Bahnhof durch den beschlossenen B-Plan zukünftig entfallen werden. In einem Teil des Parkhauses am Bahnhof soll ein Fahrradparkhaus eingerichtet werden. Insofern werden am Bahnhof Parkplätze verschwinden. Außerdem verweist er auf die durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossene Stellplatzsatzung.

Herr Dünn bedankt sich für die Diskussion und bittet um Abstimmung der vom Finanzausschuss geänderten Fassung.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. Die Geschäftsführung der Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP) wird ermächtigt, zur Umsetzung eines der drei Entwürfe der Preisträger Verhandlungen mit den 3 Preisträgern aufzunehmen und einen Generalplanervertrag **unter Vorbehalt der Genehmigung durch den Hauptausschuss** zu schließen.
2. Die jährliche Bezuschussung der SWP durch die Landeshauptstadt Potsdam für den Betrieb der Bäder darf nach Inbetriebnahme des neues Sport- und Freizeitbades Am Brauhausberg (SFB) 3,5 Mio. EUR jährlich

nicht übersteigen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	1

zu 6 Planungsrechtliche Grundlagen für die Erweiterung und Entwicklung der Universität Potsdam am Standort Neues Palais

Vorlage: 13/SVV/0281

FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Kahle wirbt um die Zustimmung zur Verwaltungsvorlage. Herr Gessner habe im Bauausschuss deutlich gemacht, dass es mit dem Sportförderungsgesetz des Landes eine rechtliche Grundlage dafür gebe, dass das Land wegfallende Sportflächen ersetzen müsse. Das wurde bisher nicht so gesehen. Der Bereich Recht habe geprüft und festgestellt, dass auch Flächen für den Freizeitsport durch das Land ersetzt werden müssen. In der Kaiser-Friedrich-Straße und im Ortsteil Golm gebe es Flächen, die dafür genutzt werden könnten. Das müsse in Gesprächen mit dem Land geklärt werden.

Herr Menzel merkt an, dass es im Bauausschuss keine Antwort darauf gab, wie groß die Flächen seien. Im Paragraphen 5 des Sportförderungsgesetzes stehe „...in der Regel angemessene Flächen zur Verfügung stellen...“. Er möchte wissen, was in der Regel und angemessen in der Umsetzung heißt und setzt sich dafür ein, dass die drei Nutzergruppen keine Verschlechterung erfahren.

Herr Klamke kündigt an, dass es von der SPD-Fraktion einen entsprechenden Ergänzungsantrag geben werde.

Herr Wollenberg erklärt, dass es auch von der Fraktion DIE LINKE einen Änderungsantrag geben wird. Eine Verlagerung der Sportflächen an den Kuhforter Damm sei von der Lage her nicht vorstellbar. Für die Kaiser-Friedrich-Straße gibt es Signale des Ortsbeirates, dass man die Fläche kritisch sehe. Der Änderungsantrag ziele darauf ab, dass nutzungsfähige Ersatzflächen in gleicher Größe und Qualität zu schaffen seien, bevor die alten Flächen vernichtet werden. Er spricht sich weiterhin gegen die Beseitigung des Wohnheimes aus.

Herr Kahle erklärt, dass den Mitgliedern des Bauausschusses zur Kaiser-Friedrich-Straße ein entsprechendes Schreiben zugegangen sei. Der Einwand zum Studentenwohnheim sei berechtigt. Man bemühe sich, gemeinsam mit dem Land studentischen Wohnraum zu schaffen, das sei aber nicht im Zeitplan enthalten.

Herr Wollenberg meint, dann sollte man es streichen.

Dr. Henrich bittet die Stadtverordneten den Stadtsportbund dabei zu unterstützen, den Vereinen zu ermöglichen, dass sie weiterhin Sport treiben können. So konnte zum Beispiel in Babelsberg bisher keine Ersatzsportstätte zur Verfügung gestellt werden. Es sollte im Vorfeld klar sein, wo die Sportstätten hin sollen und ob die Vereine einverstanden sind.

Herr Kahle verweist auf den Zeitplan, wonach das Vorhaben erst in 4 bis 5 Jahren passieren solle. Das Land habe erklärt, dass es vorher nicht an die

Flächen gehe. In der Vereinbarung stehe die Ersatzbeschaffung vor der Wegnahme. Es müsse ein fließender Übergang gewährleistet sein.

Herr Dünn bittet um Abstimmung zur Beschlussvorlage.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Planungsziele des Rahmenplans gemäß Anlage der Verwaltungsvereinbarung zwischen

dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes
Brandenburg
der Universität Potsdam
dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und
Archäologischen Landesmuseum
der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg
und der Landeshauptstadt Potsdam

werden gebilligt.

Die zwischen den Vereinbarungsparteien einvernehmlich angestrebte Entwicklung soll auf der planungsrechtlichen Grundlage des § 35 BauGB gesteuert werden.

Der Oberbürgermeister wird zur Unterzeichnung einer Verwaltungsvereinbarung ermächtigt, die diesen Zielen Rechnung trägt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	3

**zu 7 Bildungsforum Potsdam - Status und Ausblick;
Information über das neue Jahresprogramm der Volkshochschule**

Frau Dr. Voigtländer informiert anhand einer Präsentation über das Bildungsforum, das am 7. September 2013 eröffnet wird. Dabei geht sie auf die Ausgangslage sowie die Kernaufgaben der Partner im Bildungsforum ein. Das Bildungsforum vereint die Stadt- und Landesbibliothek Potsdam, die Volkshochschule „Albert Einstein“ und die Wissenschaftsetage. Es werden besondere Profile des Bildungsforums und gemeinsame Veranstaltungen vorgestellt.

Weiterhin stellt sie das neue Jahresprogramm der Volkshochschule vor und verweist auf neue Programmangebote, wie zum Beispiel das Lunchpaket im Bildungsforum.

Die Ausschussmitglieder erhalten die Möglichkeit Fragen zu stellen.

**zu 8 Bildungsstandards
Herr Menzel**

bzgl. DS 12/SVV/0881

Herr Dörnbrack führt aus, dass eine konkrete Antwort schwierig sei. In der Beantwortung der Kleinen Anfrage hat der Leiter des Staatlichen Schulamtes darauf verwiesen, das Thema nicht weiter auszuführen, es sei denn es gebe konkrete Fragen. Zudem wurde die Möglichkeit der Teilnahme an den Beratungen der Netzwerke angeboten. Trotzdem sei er bereit, die Grundtendenz nochmals darzustellen. Ausgangspunkt seien von der KMK festgelegte Bildungsstandards. Weiterhin gibt es Rahmenpläne des Landes, woraus Rahmenpläne der Schule entwickelt werden. Zu den schulinternen Rahmenplänen gibt es Fachkonferenz- und Lehrerkonferenzbeschlüsse, die umgesetzt werden. Die externe Überprüfung erfolgt durch die Schulvisitation. Im Netzwerkbereich finden Erfahrungsaustausche statt. Zusammenfassend kann man sagen, dass es seitens des Ministeriums entsprechende Überprüfungsmechanismen gibt. Er verweist auf das Grundschulgutachten sowie Lernstandsanalysen und Vergleichsarbeiten in verschiedenen Jahrgangsstufen. Es gebe weiterhin zentrale Schwerpunkte, die in den Netzwerken thematisiert werden.

Herr Menzel interessiert, wie der Schulträger unterstützend wirken kann, dass Bildungsstandards in der Schule gelebt werden.

Frau Erning informiert, dass Standards in der Praxis so eingehalten werden. Es gibt die Pflicht der Schule, sich mit Eltern in Verbindung zu setzen. Zum Beispiel haben Eltern das Recht zwei Elternsprechtage im Schuljahr wahrzunehmen. Die Schule ist verpflichtet mit Eltern Rücksprache zu nehmen.

Herr Dörnbrack erklärt, es gibt Visitation und es gibt entsprechende Standards. Wenn die Standards nicht eingehalten werden, muss das Staatliche Schulamt tätig werden. Dafür gebe es entsprechende Beratungssysteme. Er schlägt vor, im Einzelfall die Schule zu benennen, damit man dem Problem nachgehen könne. Die Fragestellung müsse konkret sein. Die Bildungsstandards könne man im Internet nachlesen.

Herr Dünn bittet Herrn Dörnbrack an dieser Stelle auf die Beantwortung des Briefes der Familie Neumann einzugehen. Den Brief haben alle Fraktionen und auch den Ausschuss für Bildung und Sport erhalten. Vom Bildungsausschuss hat die Familie eine Abgabennachricht an das Staatliche Schulamt bekommen. Er fragt, ob das Schulamt geantwortet habe.

Herr Dörnbrack erklärt, dass laut Brandenburgischem Schulgesetz grundsätzlich der Schulleiter die Schüler aufnimmt. Ihn verwundert, wie Eltern, die bestimmte Wünsche haben, mit einer subjektiven Darstellung an politische Gremien gehen, um ihre Interessen durchzusetzen. Der betreffende Antrag ist nie an das Staatliche Schulamt, sondern an die Waldstadt-Grundschule gestellt worden. Die Schulleiterin hat der Mutter am 31.07.2013 geantwortet, dass ein Einstieg in Klasse 4 an der Waldstadt-Grundschule nicht möglich ist. An dieser Schule gibt es zwei 4. Klassen mit 25 und 24 Schülern, in denen auch Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf lernen. Es wurde mitgeteilt, dass keine Aufnahme möglich ist, man die Schülerin aber auf der Warteliste behalte. Hinzu kam dass an der Fontane Oberschule zum damaligen Zeitpunkt nur 21 Schüler in der 4. Klasse waren. Mittlerweile sind dort 23 Schüler in der Klasse. Die Schülerin erhält in der Oberschule Theodor Fontane seit dem 2. Schuljahr durchgängige

Förderung in Mathematik und bekommt diese auch in diesem Schuljahr. Die Klassenlehrerin schätzt ein, dass das Mädchen in der Klasse einen guten Kontakt hat. Die Eltern erlauben keine Teilnahme an der Klassenfahrt. Seitens des Schulamtes besteht keine Veranlassung zu handeln.

Frau Frevert ergänzt, dass auch der Kreislehrerrat diesen Brief erhalten hat. Man sollte vorsichtig mit solchen Briefen umgehen. In diesem Fall sehe sie, dass alles richtig gemacht wurde.

Herr Dünn stellt fest, dass der Ausschuss für Bildung und Sport von der Verwaltung über den rechtlichen Weg aufgeklärt wurde. Das Problem fällt nicht in die Zuständigkeit des Ausschusses.

Der Ausschuss für Bildung und Sport kommt zu dem Schluss, dass das Problem nicht in seine Zuständigkeit fällt.

zu 9 **Hygienepläne**

Herr Menzel

bzgl. DS 11/SVV/0269 u. DS 13/SVV/0225

Herr Menzel erklärt, dass er zur Kenntnis genommen habe, dass es an einigen Schulen keine Hygienepläne gibt.

Herr Weiberlenn informiert, dass der Fachbereich Bildung und Sport ebenfalls nur durch Abfrage der Schulen feststellen könne, was im Ergebnis der DS 13/SVV/0225 dargestellt wurde. Auf der Schulleiterberatung wurde das Thema angesprochen. Der Fachbereich Bildung und Sport werde die Liste an das Gesundheitsamt übergeben, mit der Bitte, die säumigen Schulen aufzufordern die entsprechenden Pläne vorzulegen. Er schlägt vor, die Schulen ohne Pläne aufzufordern, diese zu erstellen und nach einem Jahr zu prüfen, ob diese vorliegen. Eventuell sollte man die Schulaufsicht damit konfrontieren. Es sei ein Versäumnis der Schulleiter.

Es schließt sich eine kurze Diskussion an.

Herr Dünn fasst zusammen, dass die Unterlagen an das Gesundheitsamt übergeben werden mit der Bitte, die Schulen nochmals aufzufordern Hygienepläne einzureichen. **In der Sitzung am 24.09.2013 ist ein Sachstand über die Veranlassung der Verwaltung zu fehlenden Hygieneplänen an Schulen zu geben.**

Dagegen gibt es keine Einwände.

zu 10 **Schulessen (Qualität und Preise nach neuen Vorgaben)**

Herr Menzel

Herr Gessner verweist auf die Mitteilungsvorlage 13/SVV/0147, die sich mit der Förderung der regionalen Schulessenversorgung befasste. Dem ging die Befragung aller Schulen voraus. Daraufhin wurden Versorgungsverträge seitens einiger Schulen bzw. einiger Caterer gekündigt. Der Fachbereich Bildung und Sport hat Gespräche mit den Schulleitern geführt und insgesamt für 19 Schulen die Versorgung mit Schulessen neu ausgeschrieben. Die Preise sind ca. 40 Prozent höher als vorher. Die Qualität des Schulessens kann nach 2

Schulwochen nicht beurteilt werden. Weitere Informationen werden der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Frau Kruszek findet, dass die Fragebogenaktion an den Schulen gut gelaufen ist. Eltern konnten sich entscheiden. Das Essen sei zwar teurer, die Rückmeldung der Kinder gehe aber in die Richtung, dass das Essen besser ist.

Herr Wollenberg möchte der Verwaltung für die Durchführung des Verfahrens ebenfalls ein Lob aussprechen. Perspektivisch sollte man jedoch die Preisentwicklung im Auge behalten. Es sei Sorge zu tragen, dass jedes Kind gutes Essen erhält.

Frau Erning meint, dass erfahrungsgemäß die Essenversorgung in den ersten Wochen des Schuljahres gut laufe. Sie bittet, darum den Tagesordnungspunkt in einem halben Jahr erneut auf die Tagesordnung zu nehmen.

zu 11 Sachstand nach der Brandschau in der Motorhalle

Herr Gessner informiert, dass am 13.05.2013 eine Brandverhütungsschau mit der Bauaufsicht, dem KIS und dem Verein Motor Babelsberg stattgefunden hat. Mängel, die festgestellt wurden, waren bis zum 01.07.2013 abzustellen bzw. Stellung zu nehmen, welche Maßnahmen zur Sicherung des Brandschutzes eingeleitet wurden. Der KIS steht mit der Bauaufsicht in Kontakt, um ein Brandschutzkonzept mit dem Ziel zu entwerfen, gravierende Mängel abzustellen. Ob es zu Schließungen von eventuell 2 bis 3 Räumen kommen muss, hänge von der Positionierung der Bauaufsicht ab. Diese liege noch nicht abschließend vor.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich dazu, dass die Verwaltung unaufgefordert berichten sollte, wenn es einen neuen Kenntnisstand gibt.

zu 12 Mitteilungen der Verwaltung

zu 12.1 Information zum Potsdamer Weiterbildungstag am 02.09.2013

Herr Weiberlenn informiert, dass der 3. Potsdamer Weiterbildungstag am 2. September von 10.00 Uhr bis 18.00 Uhr in den Potsdamer Bahnhofspassagen stattfinden wird. Veranstaltet wird der Aktionstag vom Regionalen Weiterbildungsbeirat der Landeshauptstadt Potsdam gemeinsam mit dem Projekt Weiterbildung Brandenburg der LASA Brandenburg GmbH. Aus den verschiedensten Branchen bieten 33 Aussteller Gespräche über ihre Tätigkeitsfelder an. Moderiert wird die Veranstaltung, an der weitere Prominente teilnehmen, von Attila Weidemann.

zu 13 Sonstiges

Herr Wollenberg fragt nach, ob es einen neuen Sachstand bezüglich der Umkleidemöglichkeiten auf dem Sportplatz Nowawes gebe.

Herr Gessner informiert, dass gemäß Schreiben der Ministerin des MWFK die Sanitärstrecke im nahe gelegenen Strandbad nachgewiesen werden soll. Die Verwaltung werde dazu Kontakt zur Bäderlandschaft GmbH aufnehmen.

Frau Erning bittet darum, in der Septembersitzung einen Sachstand zur Sporthalle Kurfürstenstraße und zum Essengebäude an der Voltaire-Gesamtschule zu geben und entsprechende Tagesordnungspunkte aufzunehmen.

Herr Weiberlenn geht auf die Fragen zur Schulwegsicherung von Frau Krause ein. Durch Presse und Fernsehen wurde kommuniziert, dass es eine Umfrage gab, wo Eltern von 9.500 Grundschulern zum Schulweg befragt worden sind. Es gab einen Rücklauf von 54 Prozent. Das Ergebnis wurde durch den Bereich Statistik und Wahlen der Landeshauptstadt Potsdam in einem Bericht ausgewertet. Zum Ergebnis wurde seitens des Fachbereiches mit den Schulen, dem Bereich Stadtplanung und Stadtentwicklung, der Straßenverkehrsbehörde, dem Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen und dem KIS kommuniziert. In der Schulleiterberatung am 28.05.2013 wurde darüber gesprochen. Auch der Kreiselternrat und der Kreisschulberater haben das Ergebnis ausgewertet. Die Unterlagen wurden an die Verkehrsbetriebe und die Verkehrswacht geschickt.

Anmerkung:

Aufgrund der Neugestaltung der Internetseiten der Landeshauptstadt Potsdam ist der Bericht derzeit nicht abrufbar und wird daher als Anlage beigefügt. Für Nachfragen steht der Fachbereich Bildung und Sport gern zur Verfügung.

Für das Haushaltsjahr 2013 stehen gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung erstmalig 50.000 Euro zur Verfügung, die für Schulwegsicherung eingesetzt werden. Für 2014 sind ebenfalls 50.000 Euro eingestellt. Ein neues Schulwegsicherungskonzept sollte man erst schreiben, wenn das alte Konzept abgearbeitet ist. Insofern besteht aus Sicht der Verwaltung derzeit kein Bedarf.

Es schließen sich Nachfragen der Ausschussmitglieder an.

Hans-Wilhelm Dünn
Ausschussvorsitzender

Gudrun Wildgrube
Schriftführerin